Journalistenalltag in New York

»Der natürliche Gegensatz zwischen Medien und Diplomatie – erstere sind bemüht darum, Informationen aufzudecken, letztere sucht ebendieselben zu verdecken, um diffizile Verhandlungen nicht zu gefährden – wird immer ein Stück weit bestehen bleiben«, hielt Friederike Bauer in einem Bericht über den Nachrichtenort UN in dieser Zeitschrift fest (VN 3/1991 S. 106ff.). Die tatsächlich gedruckten oder gesendeten Berichte der UN-Korrespondenten konzentrieren sich auf drei Kernbereiche: »Verhandlungsergebnisse (statt Verhandlungsprozesse), bekannte Persönlichkeiten oder Krisensituationen«. An dieser Ausgangslage hat sich nichts geändert, auch wenn – angesichts aktueller politischer Entwicklungen – in den letzten Jahren das Medieninteresse an den Vereinten Nationen und insbesondere am Geschehen in New York heftigen Schwankungen unterworfen war. Manche Berichte über die Weltorganisation mögen überdies berechtigten Anlaß zu Medienschelte bieten – doch machen internationale Bedienstete und nationale Diplomaten es den Berichterstattern nicht immer leicht, ihrer Berichtspflicht fürs heimische Publikum nachzukommen.
Die Erfahrungen eines mittlerweile in die Bundesstadt Bonn zurückgekehrten Korrespondenten gibt Jürgen Kramer wieder; die besonderen Umstände, mit denen eine Berichterstattung aus New York für die Presse der DDR verbunden war, beschreibt aus eigener Erfahrung Kurt Olivier.

Beobachtungen eines UN-Korrespondenten

JÜRGEN KRAMER

Jahr für Jahr sieht es eine Woche lang so aus, als säßen die Deutschen schon längst als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat. Denn abgesehen von den USA fährt kein Mitgliedstaat der Vereinten Nationen Ende September jeweils zu Beginn der neuen Sitzungsperiode der Generalversammlung mit solchem Aplomb in New York auf wie die vom Außenminister geleitete Delegation aus Bonn mit ihrem beeindruckenden Journalistentroß im Gefolge. Das war schon so, als es noch die DDR gab und zwei deutsche Staaten der Weltorganisation angehörten. Hans-Dietrich Genscher hat diese Als-ob-Attitüde während seiner langen Amtszeit im AA zu voller Blüte entwickelt und es verstanden, durch die äußeren Insignien des Auftretens am East River die Bundesrepublik ein paar Tage lang wie eine Großmacht erscheinen zu lassen, schon Jahre bevor im Nachgang zur deutschen Einheit der Wunsch nach einem festen Platz am Tisch des Sicherheitsrats Gestalt annahm. Klaus Kinkel, der unermüdliche Advokat für diesen Sitz, brauchte an seinem und der Deutschen Auftreten nichts zu ändern, als er sich im September 1992 erstmals nach New York auf den Weg machte.

HINTERGRÜNDIGES, SPARSAM DOSIERT

Die Deutschen sind seit langem Stammgäste im UN-Plaza-Hotel. Wer dort zur Eröffnung der UN-Generalversammlung mit seiner Delegation residieren darf, hat nicht nur einen praktischen Standortvorteil, weil das Hotel direkt gegenüber dem Hauptgebäude der Vereinten Nationen liegt. Er hat mehr als das – er hat Status, auch wenn das Hotel keine Luxusherberge ist. Im UN-Plaza-Hotel können auch die Deutschen gepflegtes britisches Understatement zelebrieren. Die aus Bonn mitgereisten Journalisten, zu denen etliche deutsche Korrespondenten aus Washington zu stoßen pflegen, sind ebenfalls in diesem Hotel untergebracht, was sich für ihre Arbeit natürlich als großer Vorteil erwiesen hat. Genscher war zwar nicht der einzige deutsche Politiker, der die Größe des ihn begleitenden Journalistengefolges als Gradmesser für seine eigene Bedeutung verstand. Aber während der September-Reisen nach New York konnte man stets spüren, wie wichtig es ihm war, die deutschen Interessen auch nach außen über die ›große Delegation‹ zur Geltung zu bringen.
In das nur wenige Schritte neben dem UN-Plaza-Hotel gelegene italienische Restaurant Il Mondo werden seit vielen Jahren die deutschen Journalisten sonntags zum Brunch gebeten, als erste Amtshandlung des Ministers nach dem Eintreffen der Delegation aus Bonn. Auch die in New York ansässigen deutschen Korrespondenten, die regelmäßig oder doch immer einmal wieder über die Weltorganisation berichten, werden zu diesem Essen eingeladen, bei dem der Chef des Auswärtigen Amtes die Marschroute für die deutsche Delegation absteckt – jedenfalls, soweit er diese öffentlich bekanntmachen möchte. Diese Begegnung des Ministers und seiner wichtigsten Beamten mit der Presse bietet aber zugleich auch den ortsansässigen deutschen Korrespondenten eine gute Gelegenheit, etwas Stallgeruch zu schnuppern, denn das ganze Jahr über werden sie mit Hintergrundinformationen über die Bonner UN-Politik nicht verwöhnt und sind weitgehend auf das angewiesen, was sie in deutschen Zeitungen darüber finden. Die Informationsfreude der deutschen UN-Vertretung ist recht wechselhaft und hält sich bisweilen selbst gegenüber den Medienvertretern aus dem eigenen Land in Grenzen. Es gab Botschafter wie Rüdiger von Wechmar, die sich ebenso wie ihre Pressereferenten von einer erfreulich aufgeschlossenen Seite zeigten. Andere wiederum, so der derzeitige Ständige Vertreter, neigen zur Verschlossenheit. Und das, obwohl die Bonner UN-Politik ja neuerdings auf eine nachgerade aggressive Vertretung des deutschen Interesses an größerem Einfluß ausgerichtet ist.
Botschafter anderer Staaten oder doch zumindest deren für die Presse zuständigen Mitarbeiter zeigen sich kommunikativer. Sir David Hannay, der britische Botschafter, ist aus der Sicht der Journalisten ein Musterbeispiel für Informationsfreude. In aller Regel lädt er die Journalisten seines Landes wöchentlich zum Hintergrundgespräch, das der deutsche Botschafter normalerweise nur alle paar Monate sucht. Vielleicht ist Hannay ein Ausnahmefall, was zu einem nicht geringen Teil mit seinem eitlen Bedürfnis nach Selbstdarstellung zu tun haben dürfte. Trotzdem sind die sich mit den UN beschäftigenden deutschen Korrespondenten in New York seit langem der Meinung, daß die Öffentlichkeitsarbeit Deutschlands am Sitz der Weltorganisation verbesserungsbedürftig ist. Nicht nur die deutschen Journalisten könnten besser bedient werden, sondern auch die anderer Länder, deren Berichterstattung schließlich nicht unerheblichen Einfluß auf die öffentliche Meinung ihrer Heimatländer hat. Gewiß, die deutsche Diplomatie hat das Handikap, einen Staat zu vertreten, der einstweilen nicht dem Sicherheitsrat als Ständiges Mitglied angehört, also auch nicht über derart privilegierte Informationsträger wie Hannay verfügt. Trotzdem, ja vielleicht gerade weil Bonn in den Sicherheitsrat drängt, könnte eine größere Präsenz in den Wandelgängen der UN, könnten vermehrte Pressekontakte nicht schaden. Selten, daß man jemandem von der deutschen Vertretung im Foyer begegnet: in der

›Delegate's Lounge‹, wo neben den Diplomaten auch die Journalisten nach Gesprächskontakten Ausschau halten. Und selten auch, daß sich außer den jungen, zum Teil sehr tüchtigen Abgesandten der deutschen UN-Mission, deren Aufgabe es ist, als Türsteher bei den vertraulichen Konsultationen des Sicherheitsrats den jeweils letzten Stand in Erfahrung zu bringen, ihre Vorgesetzten sehen lassen. Botschafter Hans Otto Bräutigam machte da eine rühmliche Ausnahme, als er in der Vorphase des Zweiten Golfkriegs mehrfach bis in die frühen Morgenstunden vor den Türen des Sicherheitsrats ebenso gespannt ausharrte wie die Journalisten. Bei diesen fand auch der tüchtige und kenntnisreiche Hans-Joachim Vergau Anerkennung, der mehrere Jahre der Stellvertreter des Botschafters war, ehe er 1993 als Chefinspekteur zurück ins Auswärtige Amt wechselte.

INFORMATIONSKANÄLE

Als UN-Korrespondent muß man sich seine Kanäle suchen, um auf dem neuesten Stand zu sein. Die aktuellen, offiziellen Informationen sind dürftig. Auf der täglich um die Mittagszeit stattfindenden Pressekonferenz des Sprechers des Generalsekretärs ist über dessen Terminplan hinaus meist wenig an Hintergründigem zu erfahren. Die Pressesprecher hüten sich, mehr preiszugeben, als unbedingt nötig ist. Nicht nur, weil ihnen von höchster Stelle wenig Interpretationsraum gewährt wird, sondern auch deshalb, weil sie in der steten Sorge leben, daß sich eines der Mitgliedsländer beschweren könnte. Bei François Giuliani, der viele Jahre lang der Sprecher von Javier Pérez de Cuéllar war und dann relativ schnell nach der Amtsübernahme von Boutros Boutros-Ghali in Ungnade fiel, verband sich die systembedingte Zugeknöpftheit noch mit der arroganten Einsilbigkeit eines gallischen Zynikers, obwohl Giuliani selbst zuvor als UN-Korrespondent für die Nachrichtenagentur Reuters gearbeitet hatte und deshalb die Bedürfnisse seiner Kollegen nur zu gut kannte. Sein Nachfolger, der Amerikaner Joseph Sills, ließ von Anfang an menschlichere Züge erkennen, zu denen auch das immer wieder gemachte Eingeständnis gehört, daß er leider nicht autorisiert sei, mehr zu sagen. Zwar gibt es unter den Korrespondenten etliche unermüdliche Papierwürmer, die in den Abertausenden von Dokumentenseiten, die auf sie herniederrieseln, die eine oder andere heiße Spur entdecken, doch im übrigen ist man als Journalist auf den persönlichen Kontakt mit Diplomaten angewiesen. Möglichst mit solchen aus Staaten, die im Sicherheitsrat vertreten sind, und die man in der Regel wie ein Wegelagerer vor und nach den Ratssitzungen in der Lobby abzufangen versucht.

Spätestens seit Anfang August 1990, als Irak in Kuwait einmarschierte, ist der Sicherheitsrat das A und O in New York. Von der Generalversammlung nimmt kaum noch ein Journalist Notiz, sieht man von der dreiwöchigen Generaldebatte von Ende September bis Mitte Oktober ab. Nachdem der Sicherheitsrat während des Kalten Krieges jahrzehntelang gelähmt gewesen war, genossen es nach dessen Ende seine Mitglieder einige Jahre lang in vollen Zügen, als funktionierendes Entscheidungsgremium der Weltorganisation pausenlos im Scheinwerferlicht zu stehen. Für die Medien ergab sich dadurch eine beträchtliche Aufwertung ihrer Arbeit. Viele Jahre lang war es – zumindest für die Vertreter der westlichen Medien – relativ uninteressant gewesen, UN-Korrespondent zu werden. Die Weltorganisation galt den Heimatredaktionen als politisch wie bürokratisch gelähmte Institution. Entsprechend schwierig war es, ihnen Beiträge aus New York schmackhaft zu machen. Das Pressekorps, das in der Vereinigung der UN-Korrespondenten organisiert ist (United Nations Correspondents Association, UNCA), hatte im Lauf der Jahre kontinuierlich Profil und damit auch Einfluß eingebüßt. Der UN-Posten wurde nicht selten zum Versorgungsplatz für Journalisten, für die ihre Redaktionen keine anderweitige Verwendung hatten. Das trug auch zur Überalterung des Pressekorps bei. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich das Bild erfreulicherweise verändert. Mit der ›Wiedergeburt‹ der Vereinten Nationen nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der Korrespondentenplatz wieder attraktiv. Eine ganze Reihe ehrgeiziger, vor allem auch jüngerer Journalisten zog es seither an den East River. Die UN wurden wieder zu einem spannenden Berichterstattungsfeld.

Allerdings schränkt unverändert ein nur auf den ersten Blick vorteilhafter Bonus die Arbeitsmöglichkeiten und die Unabhängigkeit des Pressekorps ein: es bekommt seine Arbeitsräume im dritten und vierten Stock des Sekretariatsgebäudes mietfrei zur Verfügung gestellt. Für die Medienvertreter armer Staaten, zumal jene aus der Dritten Welt, ist das ein wichtiger Faktor. Doch nichts ist ohne Preis. Die UN-Verwaltung läßt die Presse auf verschiedene Weise spüren, wer auch in diesem Bereich das Sagen hat. So sind die Büros der Journalisten schlechter ausgestattet als jeder andere Bereich im großen UN-Komplex. Ihre Möblierung stammt größtenteils noch aus der Gründerzeit der Vereinten Nationen. In Zimmern, in die allenfalls zwei hineingehörten, sitzen vier Journalisten und mehr. Aber aus einem noch wichtigeren Grunde wären die UN-Korrespondenten besser beraten, sich aus der permanenten materiellen Abhängigkeit von den UN zu befreien. Sie wirkt sich nämlich abträglich auf ihre Unabhängigkeit aus. In ihren Clubraum zum Beispiel, den sie im dritten Stock hat, kann die UNCA für Pressegespräche nicht einladen, wen sie will. Da steht im Zweifel der Generalsekretär dazwischen. So ließ Boutros-Ghali 1993 einem chinesischen Dissidenten den Zutritt verweigern, den die Journalisten zu einem Gespräch auf ihr Terrain geladen hatten. Die chinesische Delegation hatte Einspruch erhoben, der Generalsekretär beugte sich. Zwar wurden nach diesem Vorfall auf Drängen der UNCA neue Richtlinien erlassen, die künftigen Streitigkeiten dieser Art vorbeugen sollen, doch das letzte Wort wird im Zweifel stets der Hausherr haben.

Ein Freund der Presse ist Boutros-Ghali ohnedies nicht. War es bei Pérez de Cuéllar dessen unsicher wirkende, zurückhaltende Art, die ihm keinen ungezwungenen Umgang mit den Journalisten erlaubte, so ist es bei seinem Nachfolger im Gegenteil die selbstbewußt-arrogante Attitüde, die ihn der Presse kühl und distanziert gegenübertreten läßt – eine Charaktereigenschaft, mit der freilich der gesamte UN-Apparat leben muß. War Pérez de Cuéllar ein Mann, auf den die Journalisten eher mit einem gewissen Mitleid blickten, so ist Boutros-Ghali jemand, der sich durch Schroffheit leicht Sympathien verscherzen kann und dies in seiner gut zweijährigen Amtszeit auch gehörig getan hat. Zum Teil hat das gewiß damit zu tun, daß man von ihm erwartete, die Wucherungen und Verästelungen im UN-Sekretariat mit dem eisernen Besen zu bearbeiten. Daß dabei Köpfe rollten, liegt auf der Hand und erklärt zu einem guten Teil die Tatsache, daß Boutros-Ghali unter den Bediensteten der UN nicht geliebt wird, um es milde auszudrücken. Aber diese Antipathie hat eben nicht nur mit den Zwängen seines Jobs zu tun. Boutros-Ghali fehlt das Verbindliche, das Menschliche. Freilich ist andererseits der Erwartungsdruck, der auf ihm lastet, vielleicht größer, als das bei jedem seiner fünf Vorgänger der Fall war.

Während des größten Teils der Amtszeit von Pérez de Cuéllar war für die Presse in der Regel nur die herbstliche Generaldebatte, in der es in den UN von politischer Prominenz wimmelte, von Interesse. Auch wenn ein Hans-Dietrich Genscher sich viele Jahre lang in dieser Atmosphäre sichtbar wohl fühlte und die eingangs beschriebene Gesprächshektik in New York entfaltete, so hatten und haben diese jährlich wiederkehrenden deutschen Ministerauftritte in New York doch etwas stark Ritualisiertes. Nur wenige Reden der Staats- und Regierungschefs oder der Außenminister in der Generaldebatte, die eine eigentliche Debatte ja nicht ist, pflegen die Pressevertreter von den Stühlen zu reißen. Das gilt letztlich auch für die deutsche Rede. Die Aufgeregtheit, mit der man an ihr, oft noch in nächtlichen Sitzungen

im UN-Plaza-Hotel, bis zum letzten Moment feilte, sie immer wieder umschrieb, vermag nicht darüber hinwegzutäuschen, daß sie – jedenfalls für die Öffentlichkeit – Makulatur war, kaum daß sie gehalten worden war. Für die deutschen Journalisten war es stets interessanter herauszufinden, ob der Bonner Außenminister die New Yorker Gesprächsmöglichkeiten nutzte, um etwas einzufädeln, was mit den Vereinten Nationen gar nichts zu tun hatte, wie zum Beispiel die Zwei-plus-Vier-Verhandlungen, die zur deutschen Einheit führten. Das, was am vielzitierten Rande der Generalversammlung jeden Herbst in einer Fülle meist bilateraler Begegnungen besprochen wird, hatte und hat deshalb mindestens ebensoviel Gewicht wie das, was sich auf die UN selbst bezieht.

Letzteres ist allerdings seit dem Beginn der neunziger Jahre erheblich wichtiger geworden, erst recht für die Deutschen, denen nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten erheblich höhere Erwartungen entgegenschlugen. Da die ›Wiedergeburt‹ der UN und die deutsche Einigung parallel zueinander verliefen, weil sie sich aus denselben weltpolitischen Veränderungen ergeben hatten, mußte der neue Aktionismus der Weltorganisation zwangsläufig eine starke Sogwirkung auf das vereinte Deutschland ausüben. Nicht nur, weil es zum drittgrößten Beitragszahler hinter den USA und Japan aufrückte, war es im Zuge der vom amerikanischen Präsidenten George Bush ausgerufenen ›Neuen Weltordnung‹ ein unabweisbarer Kandidat für mehr Mitsprache in der Weltorganisation geworden, zumal für einen Ständigen Sitz im Sicherheitsrat, der wie ein Phönix der Asche des Kalten Krieges entstiegen war. Wer als Beobachter vor Ort die Renaissance des mit der »Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit« betrauten Rates erlebt hat, der nunmehr alles Interesse auf sich zog und anderen Organen der UN nur noch ein Schattendasein ließ, der konnte hautnah den Anachronismus der bisherigen Zusammensetzung des Sicherheitsrats spüren.

Vor allem der zur Schau getragene Einfluß Frankreichs und Großbritanniens als Ständigen Mitgliedern des Rates sticht dem Beobachter immer wieder ins Auge. In der Person des schon erwähnten britischen Botschafter Sir David Hannay wird dieser Anachronismus augenfällig. Zwar ist er für die Korrespondenten ein wahrer Glücksfall. Denn kein anderer Diplomat aus den Reihen des fünfzehnköpfigen Gremiums nimmt sich zur Unterrichtung der Presse nach den Treffen des Rates so viel Zeit wie Sir David, dessen Auftritte ein Erlebnis für sich darstellen, denn sein oxfordhaftes Gebaren hat Kabarettreife. Doch in dieser hochnäsigen Attitüde wird jenseits der persönlichen Eitelkeit eben auch etwas anderes sichtbar: das Selbstverständnis eines Landes, oder doch zumindest seiner Diplomatie, in New York noch immer traditionelle Großmachtpolitik betreiben zu können. Bei Hannays französischem Kollegen Jean-Bernard Mérimée ist diese Attitüde nicht ganz so ausgeprägt, aber spürbar ist sie auch in seiner Art des Auftretens.

PERSONAL UND PERSÖNLICHKEITEN

Man fragt sich gelegentlich, wie sich wohl das Selbstverständnis der Deutschen äußern würde, säßen sie erst einmal als Ständiges Mitglied im Rat. Als deutscher Korrespondent bei den UN hat man bisweilen den Eindruck, in Bonn stelle man sich diese Rolle selbstverständlicher vor als sie in Wahrheit ist. Die Beratungen des Sicherheitsrats sind ein delikates Spiel, vor und hinter den Kulissen, und sie intern wie nach außen zu handhaben, verlangt Geschick, aber auch Courage – etwa wenn es darum geht, sich zwischendurch auch einmal den allmächtigen Amerikanern zu widersetzen. Deutschland steht zwar faktisch schon mit einem Bein im Sicherheitsrat, doch erst wenn es zum Club der Ständigen gehört, nach welcher Reformprozedur auch immer, wird man herausfinden, daß diese Mitsprache unter den Großen der Welt, mag sie auch auf anderen politischen Ebenen längst funktionieren, auf der New Yorker Bühne erst noch richtig eingeübt werden will.

Als lernfähig muß sich die deutsche Politik auch noch auf einem anderen Gebiet erweisen: bei der Personalpolitik in den UN. Hier soll weniger die Rede davon sein, daß der deutsche Anteil unter den Bediensteten der Organisation nur mit Mühe an den Schlüssel herankommt, nach dem die Stellen auf die einzelnen Staaten verteilt werden. Das ist allein schon wegen der knappen Finanzen und der dadurch unausweichlich gewordenen Schrumpfung der UN ein schwieriges Kapitel, an dem sich der dafür zuständige Mann in der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland das ganze Jahr über die Zähne ausbeißt. Wichtiger wäre es für Bonn, darauf hinzuwirken, daß mehr Deutsche an die Schaltstellen der Organisation kommen, also in Spitzenpositionen. Die gibt es zur Genüge, wenn man die Spezialorgane und die Sonderorganisationen mit einbezieht. Aber die deutschen Führungskräfte sind dünn gesät. Die bedauerliche Einstellung deutscher Politiker und Spitzenbeamter, daß internationale Aufgaben unattraktiv seien und der Karriere zu Hause schadeten, deren Auswirkungen man seit langem bei der Europäischen Union in Brüssel sehen kann, wirkt sich auch bei den UN vergleichbar nachteilig aus. Die Bundesrepublik stellte bis vor kurzem einen Untergeneralsekretär: Carl-August Fleischhauer, ein Mann des Auswärtigen Amtes,

Zu seinem dritten Besuch als Generalsekretär der Vereinten Nationen hielt sich Boutros Boutros-Ghali am 12./13. April 1994 in Bonn auf. Dort traf er mit Bundesaußenminister Klaus Kinkel zusammen (unser Bild), ebenso mit Bundeskanzler Helmut Kohl und anderen Vertretern des politischen Lebens. Gegenstand der Gespräche war insbesondere die Möglichkeit eines stärkeren deutschen Engagements bei der Weltorganisation, etwa im Bereich der friedenssichernden Operationen. Von deutscher Seite wurde unter anderem die Frage einer Verlegung von UN-Einrichtungen in die ehemalige Bundeshauptstadt angesprochen; ernsthaft im Gespräch ist bisher lediglich die Ansiedlung des derzeit in Genf ansässigen Entwicklungshelferprogramms der Vereinten Nationen (UNV).

der dann den UN viele Jahre lang als Rechtsberater und Leiter der Rechtsabteilung diente. Fleischhauer krönte seine Tätigkeit in New York mit der Ausarbeitung der Rechtsgrundlagen des Kriegsverbrechertribunals für das frühere Jugoslawien, ehe er als Richter in den Internationalen Gerichtshof im Haag gewählt wurde. Nachdem die Bundesregierung Boutros-Ghali eine Zeitlang deutsche Nachfolgekandidaten für Fleischhauers Position präsentiert hatte, ließ der Generalsekretär schließlich erkennen, daß er eine andere Lösung vorzöge, um dem Eindruck entgegenzuwirken, es gebe Erbhöfe für bestimmte Staaten. Damit verband Bonn aber die sichere Erwartung, statt dessen eine andere Untergeneralsekretärs-Stelle besetzen zu dürfen. Gelegenheit dazu bot sich, als Jan Eliasson aus Schweden, der für humanitäre Angelegenheiten zuständig war, seinen Rücktritt einreichte. Doch Boutros-Ghali überging die Deutschen, die als ihren Kandidaten Henning Wegener offeriert hatten, den Leiter der Auslandsabteilung im Bundespresseamt. Der Däne Peter Hansen bekam Eliassons Posten. Für Bonn ist es zweifellos zu einer Prestigefrage geworden, bei der nächsten Neubesetzung auf dieser Ebene berücksichtigt zu werden.

Der ins Richteramt gewechselte Carl-August Fleischhauer ist von seinem Naturell her ein eher öffentlichkeitsscheuer Mann, so daß die Journalisten bisweilen Mühe hatten, an seinem enormen völkerrechtlichen Fachwissen teilzuhaben. Auch von daher hätte es die kleine Gruppe der deutschen UN-Korrespondenten begrüßt, wenn ein ebenso öffentlichkeitserfahrener wie profilierter Politiker wie Bundesumweltminister Klaus Töpfer sich hätte entschließen können, eine hauptamtliche Leitungsfunktion in den UN zu übernehmen. Zeitweise schien es danach auszusehen. Immerhin wird Töpfer von diesem Frühjahr an ein Jahr lang neben seinem Bonner Ministeramt die Kommission für nachhaltige Entwicklung führen, die von der Generalversammlung zur Fortschreibung der Resultate des Umweltgipfels von Rio eingesetzt worden ist. Es ist dies ein nachahmenswertes Beispiel für die Möglichkeiten eines stärkeren deutschen Engagements in den UN jenseits des Strebens nach einem Ständigen Sitz im Sicherheitsrat, auf den die deutsche Außenpolitik neuerdings allzu sehr fixiert zu sein scheint.

Ist dieser Platz dann irgendwann in Besitz genommen, wahrscheinlich nicht vor Ende der neunziger Jahre, könnte diese Beförderung Deutschlands zum weltpolitischen Krisenmanager ja vielleicht auch die deutschen Medien ermuntern, die Berichterstattung über die Vereinten Nationen höher einzustufen als bisher. Einmal im Jahr für knapp eine Woche jemanden in Begleitung des Bundesaußenministers nach New York zu schicken und den Rest des Jahres auf Nachrichtenagenturen zurückzugreifen oder die Washingtoner Korrespondenten (die meist wenig Tuchfühlung zu den UN haben) hilfsweise einzuspannen, wird der wiedergewonnenen Bedeutung der Weltorganisation nicht gerecht. Zumindest die großen Medienorganisationen sollten in der Lage sein, sich mit eigenen Leuten kontinuierlich und mit Hintergrundwissen von den UN berichten zu lassen, so wie das zum Beispiel für die großen Zeitungen in den USA, Frankreich und Großbritannien selbstverständlich ist, auch wenn sie eine Zeitlang ihre Präsenz in den UN zurückgefahren hatten. Weder die ›Frankfurter Allgemeine Zeitung‹ noch die ›Süddeutsche Zeitung‹ hat ein Büro in den UN. Die SZ besitzt nicht einmal einen eigenen Korrespondenten in New York, die FAZ hat zwar einen, doch der ist in erster Linie Kulturkorrespondent und findet nur gelegentlich den Weg in die UN. Die einzige deutsche Zeitung, die dort ein Büro unterhält, ist ›Die Welt‹, für die ein teilpensionierter Kollege arbeitet. Auch die öffentlich-rechtlichen und privaten deutschen Fernsehanstalten widmen sich der Weltorganisation nur sporadisch. Das ZDF hat im Zuge von Sparmaßnahmen Anfang 1993 sein New Yorker Büro sogar ganz geschlossen und schickt jetzt jemanden aus dem Washingtoner Studio nach New York, wenn die Bedeutung eines Ereignisses dies rechtfertigt.

Nur eine Handvoll deutscher Korrespondenten hat Schreibtische in den UN. Seit vergangenem Jahr unterhalten die ARD-Anstalten einen Hörfunkkorrespondenten, nachdem sich zuvor lediglich der Westdeutsche und der Norddeutsche Rundfunk gemeinsam einen geleistet hatten. Die Deutsche Presseagentur (dpa), die früher viele Jahre lang ein mittelgroßes Büro in New York hatte, ist seit etlichen Jahren nur noch durch einen festen Korrespondenten für den deutschen Dienst vertreten, der zur Entlastung kürzlich wenigstens eine Teilzeitkraft erhalten hat. Es gibt zwar einige freiberufliche deutsche Journalisten, die – bis auf einen – die UN-Berichterstattung von ihren häuslichen Arbeitsplätzen aus betreiben, doch müssen sie ihr Brot auch mit anderen Themen verdienen, die auch für die New Yorker Korrespondenten von ›Spiegel‹, ›Stern‹ und anderen Magazinen ganz weit im Vordergrund stehen. Deshalb sieht man sie in den Vereinten Nationen so gut wie nie.

Die sich zeitweise addierende Wirkung mangelnder Präsenz der diplomatischen und journalistischen Vertreter Deutschlands in den Wandelgängen der UN steht im umgekehrten Verhältnis zu der für jedermann so deutlich sichtbar gewordenen Renaissance der Weltorganisation. Wer die Möglichkeit hatte, sie in den vergangenen Jahren aus der Nähe zu beobachten, der kann sich glücklich schätzen, sie in dem wahrscheinlich produktivsten Zeitabschnitt ihrer fast ein halbes Jahrhundert langen Existenz erlebt zu haben. Vor allem in der Zeit nach dem Ausbruch der Golfkrise im August 1990 war das Gelände am East River für den Journalisten ein Ort, der spannender kaum sein konnte. Da wurden die Stunden nicht gezählt, wenn der Sicherheitsrat bis in die frühen Morgenstunden tagte.

NEUE UNORDNUNG, NEUE KONTUREN

Der Friedensoptimismus in der Zeit des epochalen Umbruchs unmittelbar nach dem Ende des Kalten Krieges steckte auch jene Beobachter in New York an, die der von Präsident Bush proklamierten ›Neuen Weltordnung‹ nicht so recht trauen mochten, weil sie allzu vordergründig mit der Rationalisierung der amerikanischen Kriegführung gegen Irak verknüpft war. Daß sich so schnell eine neue Welt-Unordnung ergeben würde, die den Vereinten Nationen schon bald die Grenzen ihrer Möglichkeiten vor Augen führte, war zwischen 1989 und 1992 nur für einige wenige Kassandren ein Thema. Wie alle anderen ließen sich auch die Journalisten in den UN von der Vorstellung beflügeln, daß diese Vereinten Nationen nun vielleicht doch auf dem Weg seien, ein Stück Weltregierung in einer neuen Ära des Friedens zu verwirklichen. Als Boutros-Ghali im Frühsommer 1992 seine ›Agenda für den Frieden‹ vorlegte, war der Traum aber im Grunde schon ausgeträumt, auch wenn dieses Papier zur Stärkung der UN im Bereich der internationalen Sicherheit die Phantasien zunächst noch anspornte. Die ersten Rückschläge bei der Friedensmission im früheren Jugoslawien hatte da nämlich schon zur Ernüchterung gedrängt. Eine Ernüchterung, die dann im Lauf des Jahres 1993 auf breiter Front über die UN hereinbrach, als sich dann auch noch ein Fehlschlag der Friedensoperation in Somalia immer stärker abzeichnete. Müssen die Vereinten Nationen schon fünf Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges die hochtrabenden Pläne der Friedensgestaltung, der global präsenten Weltpolizei, begraben und sich auf ein Programm der begrenzten Effizienz beschränken? Wird auch für die UN die Kunst des Möglichen wieder zum eher bescheidenen Maßstab? Zur Zeit schwingt gerade auch in den Medien das Pendel kräftig zur anderen, zur desillusionierenden Seite.

Diese Ernüchterung, die sich in New York schon Anfang 1993 zunehmend Bahn gebrochen hatte, konnte der nach vierjähriger Abwesenheit nach Bonn zurückgekehrte Beobachter gegen Ende des Jahres auch in Deutschland beobachten. Gerade weil die Deutschen anhand des Einsatzes der Bundeswehr in Belet Huen in Somalia den Span-

nungsbogen zwischen friedenserhaltenden und friedensschaffenden Maßnahmen der Vereinten Nationen besonders intensiv vor Augen hatten, wurde ihnen mit dessen Beendigung Anfang 1994 deutlicher als durch die bis dahin geführten, eher theoretischen Diskussionen klar, welche Probleme die Beteiligung an Friedensoperationen aufzuwerfen vermag. Obwohl sich die Bundesregierung immerhin damit trösten konnte, daß die deutschen Blauhelme in Belet Huen sinnvolle humanitäre Hilfe geleistet haben – freilich mit einem zur Nachahmung nicht geeigneten hohen Kostenaufwand –, so kommt auch sie um die Erkenntnis nicht herum, daß der relative Mißerfolg der UNOSOM-II-Aktion und der damit verbundene Rückschlag für die Vereinten Nationen und ihren Versuch, das Friedenssicherungskonzept in Somalia weiterzuentwickeln, auch der deutschen UN-Politik eine Denkpause aufzwingt. Ein dem Somalia-Einsatz vergleichbares deutsches Engagement wird es wohl so schnell nicht wieder geben.

Diese Phase der Ernüchterung fällt mit dem Dauerwahlkampf der Parteien im Superwahljahr 1994 zusammen, der eine ruhige, sachbezogene Schaffung von Bedingungen für eine Änderung des Grundgesetzes sowieso kaum erlaubt. Außenminister Klaus Kinkel, der trotzdem in Sachen UN weiterhin engagiert bleibt, hatte die gute Idee, Wolfgang Ischinger, den Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes, für Anfang Februar einen Gesprächskreis von Diplomaten, Wissenschaftlern, Militärs und Journalisten organisieren zu lassen, der mit Kinkel Zustand und Möglichkeiten der Friedensoperationen diskutierte. Nimmt man eine ganze Reihe anderer Foren an Universitäten und Akademien hinzu, in denen die deutsche UN-Politik in diesen Wintermonaten diskutiert worden ist, und berücksichtigt man zudem, daß der Deutsche Bundestag in mehreren Debatten gezeigt hat, daß das Thema Vereinte Nationen auch im Parlament Wurzeln geschlagen hat, so vermittelt sich dem Betrachter ein durchaus positives, produktives Bild von der Beschäftigung der Deutschen mit der Weltorganisation. Sie wirkt jetzt fundierter als in der ersten Zeit nach dem Fall der Mauer, als sie – jedenfalls aus New Yorker Sicht – oft einen Mangel an Kenntnissen über das Wesen und Wirken der Vereinten Nationen offenbarte. Die Deutschen, so scheint es, könnten es in absehbarer Zeit schaffen, ihre Rolle in einer Weltorganisation zu finden, die ihrerseits trotz mancher Rückschläge noch die Chance hat, dauerhaft zur wichtigsten Instanz der Friedenssicherung zu werden.

Von der Schwierigkeit, für ADN zu berichten

KURT OLIVIER

Mehr als drei Jahrzehnte liegt es zurück, daß ich im September 1963 als Bürger eines für den größten Teil der Welt nicht existenten Staates New Yorker Boden betrat, um als Sonderkorrespondent des Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes (ADN) über die 18. Ordentliche Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen zu berichten. Alles war aufregend: die mich bis heute faszinierende Skyline Manhattans, die Atmosphäre der Versammlungshalle, die Begegnungen mit Staatsmännern, Diplomaten und Journalisten aus aller Herren Länder in den Wandelgängen. Schrecklichstes Erlebnis am Fernsehbildschirm: die Ermordnung des Präsidenten John F. Kennedy, dessen große Rede mit dem Angebot der Zusammenarbeit an die Sowjetunion mitbestimmend dafür war, die Plenartagung in meiner ADN-Einschätzung »Vollversammlung der Entspannung« zu nennen.

Fast wären diese Monate eine Episode meines Lebens geblieben, denn der vor der Rückkehr gestellte Antrag auf Akkreditierung als erster ständiger UN-Korrespondent der DDR drohte nicht nur am Widerstand Bonns und Washingtons zu scheitern, gegen den sich Generalsekretär U Thant aber letztlich durchsetzte. Schon im Sommer 1963 hatte ich zu Hause Besuch eines hohen MfS-Offiziers in Zivil, der mich als Agenten zu werben versuchte. Mit dem Einverständnis meiner Frau verweigerte ich die mir auferlegte Schweigepflicht, unterrichtete meine Generaldirektorin Deba Wieland. Sie blickte sehr besorgt, zeigte aber Verständnis, vieleicht sogar Respekt für meine Entschlossenheit, lieber in Berlin zu bleiben, als für den Geheimdienst zu arbeiten. Nicht zuletzt schien ihr mein Standpunkt einzuleuchten, daß der ADN im Falle einer Entdeckung keine Chance erneuter Akkreditierung haben würde. Ich setzte mich durch, wobei ich einschränkend bemerken muß, daß die Verweigerung nicht als Widerstand gegen die Staatsgewalt, gegen die DDR geschah, sondern aus prinzipiellen und unverändert gültigen ethisch-moralischen Grundsätzen.

STRIKTE GEBOTE

Wie froh war ich über unsere Entscheidung, denn in dem uns mit dem Visum der Kategorie C-2 auferlegten Bewegungsradius von 40 Kilometern um den Columbus-Circle Manhattans wurden unsere Schritte und Fahrten vielfach überwacht. Jede per Fernschreiben nach Berlin übermittelte Zeile, jedes für den Rundfunk gesprochene Wort wurden auf die Einhaltung der Verpflichtung kontrolliert, nur über die Vereinten Nationen zu berichten. Eine einzige Verletzung dieses Gebots hatte für einen meiner Vorgänger als Sonderkorrespondent, den späteren ADN-Generaldirektor Günter Pötschke, den Entzug der Akkreditierung bedeutet.

Im Unterschied zu den Schwierigkeiten der während des ersten Aufenthalts bis 1968 jährlich zu erneuernden Arbeitserlaubnis war der für mich unerwartet kommende zweite Einsatz von 1979 bis 1983 visamäßig ein Kinderspiel, gar nicht zu reden von der Bewegungsfreiheit, die sich auf die gesamten USA und Kanada erweiterte. Dementsprechend unterschiedlich war meine Aufgabe, die Möglichkeit ihrer Erfüllung wie auch Erwartung und Vorgabe meines Auftraggebers. Das zu beschreiben, erlaubt über die Darlegung der eigenen Befindlichkeit und Gefühle hinaus die Skizzierung eines recht interessanten Bildes von Verhalten und Interessenlage der ehemaligen DDR.

Die erste fast fünfjährige Phase war daheim vom Ulbricht-Regime nach dem Mauerbau geprägt. Deba Wielands Absicht, einen eigenen ständigen Korrespondenten zu entsenden, hatte einen kleinen Interessenstreit ausgelöst, bei dem sie sich im ZK der SED gegenüber Ministerpräsident Willi Stoph durchsetzte, der ›seinen‹ Mann, den im SED-Zentralorgan ›Neues Deutschland‹ arbeitenden Heinz Stern, wollte. Zum Teil erst nach 1989 mögliche Recherchen bestätigten überdies, daß Stasi-Informanten das gesellschaftliche und private Leben und Verhalten von mir und meiner Frau in Berlin-Pankow bis in die Intimsphäre geprüft hatten. Deba Wielands Vertrauen in meine Zuverlässigkeit wurde offensichtlich bestätigt. Im Sommer 1964 durften meine Frau und unsere beiden Kinder nachfolgen, wobei sie sich mit der Forderung, die Kinder an der Internationalen Schule der Vereinten Nationen unterrichten zu lassen, und der Drohung, sonst daheim zu bleiben, tapfer zu behaupten wußte. Perfektes Englisch und Weltoffenheit verdanken die Kinder dieser Schule. Doch wir blieben die einzige DDR-Familie, der das zugestanden wurde. Gleich wo, auf Weisung Margot Honeckers mußten Korrespondentenkinder grundsätzlich die sowjetische Schule besuchen oder in ein DDR-Internat.